



Amtsblatt

Nr. 15/2004 vom 30. Juni 2004 –12. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis:

<u>Teil I</u>	(Seite)	
Bekanntmachungen	2	Jahresabschluss 2002 der DGV
	3	Abfallentsorgungs-Gebührensatzung
	4	Wahl des Ausländerbeirates
	5	Sparkasse Hilden – Ratingen – Velbert
	6	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2004
	9	Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG
	10	Öffentliche Zustellungen
	10	Hinweis auf öffentliche Ausschreibung
	11	Bebauungsplan Nr. 312 –Untere Eickeshagen- 6. Änderung
	13	Bebauungsplan Nr. 459.03 –mittlere Siebeneicker Straße-
15	Bebauungsplan Nr. 517 –Danieden- 2. Änderung	
<u>Teil II</u>		
Termine	17	Sitzungsplan für die Monate Juli und August
<u>Teil III</u>		
Verwaltungsinfos	17	ServiceBüro in Velbert-Mitte am Samstag, 3. Juli geöffnet Sprechstunde mit Baudezernent Güther

**Das Amtsblatt finden Sie
auch im Internet unter
www.velbert.de**

Das Amtsblatt erscheint mindestens 1 X im Monat (pro Jahr ca. 20 Ausgaben) und ist erhältlich bei der Stadt Velbert, Büro des Bürgermeisters
Bezugsgebühr jährlich inklusive Porto 40,- Euro
(Einzelexemplar 2,- Euro)

Herausgeber: Stadt Velbert – Der Bürgermeister
Verantwortlich: Büro des Bürgermeisters, Hans-Joachim Blißenbach,
Thomasstraße 1, 42551 Velbert,
Telefon: 02051/262207

Bekanntmachung

Die Gesellschafterversammlung der DGV Deponiegesellschaft Velbert Verwaltungs mbH hat am 07.06.2004 den Jahresabschluss zum 31.12. 2002 festgestellt. Der Jahresüberschuss von 55,79 € wird gemäß Umlaufbeschluss der Gesellschafterversammlung auf neue Rechnung vorgetragen.

Jahresabschluss und Lagebericht liegen in der Zeit vom 02.07.2004 bis 13.07.2004 im Gebäude der Stadtwerke Velbert GmbH, Raum 327, zur Einsichtnahme aus.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes beauftragte BPG Beratungs- und Prüfungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, hat am 15.03. 2004 folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

"Zum Jahresabschluss und zum Lagebericht der DGV Deponiegesellschaft Velbert Verwaltungs mbH, Velbert, haben wir den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der DGV Deponiegesellschaft Velbert Verwaltungs mbH, Velbert, für das zum 31.12. 2002 endende Geschäftsjahr geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (und den ergänzenden Regelungen im Gesellschaftsvertrag/in der Satzung) liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Velbert, 25.06. 2004

Die Geschäftsführung
DGV Deponiegesellschaft
Velbert Verwaltungs mbH

Gez. Thissen

Satzung zur 1. Änderung der Gebührensatzung

für die öffentliche Abfallentsorgung der Stadt Velbert (Abfallentsorgungs-Gebührensatzung) vom 24.06.2004

Aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.7.1994 (GV NRW S.666), zuletzt geändert durch Gesetz v. 29.4.2003 (GV NRW S. 254) und der §§ 1,2,4,6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen v. 21.10.1969 (GV NW S.712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.9. 2001 (GV NRW S.708), der §§ 5 und 9 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen v. 21.6.1988 (GV. NW. S.250), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.11.2002 (GV NRW S.571) und in Ausführung des Kreislaufwirtschafts- u. Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) v. 27.9.1994 (BGBl I S.2705 ff), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.8.2002 (BGBl I S.3322) in Verbindung mit der Verordnung über die Entsorgung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung – GewAbfV) v. 19.06.2002 (BGBl I. S. 1938) sowie der Satzung über die Abfallbeseitigung in der Stadt Velbert und der Abfallentsorgungs-Gebührensatzung vom 17.12.2003 hat der Rat der Stadt Velbert in seiner Sitzung am 08.06.2004 folgende Satzung zur 1. Änderung der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung der Stadt Velbert (Abfallentsorgungs-Gebührensatzung) beschlossen:

§ 2 wird wie folgt geändert:

In Abs.3 wird der gesamte Text gestrichen und durch folgenden Text ersetzt:

„Beim Anschluss mehrerer Grundstücke an Restmüllbehälter wird für jedes Grundstück die Summe aus der Anzahl der jeweils auf den Grundstücken zum Stichtag gemeldeten Personen und/oder die für die auf dem Grundstück anfallenden Abfälle nach § 13 Abfallentsorgungssatzung errechneten Einwohnergleichwerte berechnet. In dem Verhältnis, in dem die einzelnen berechneten Summen zueinander stehen, wird dann die sich nach dem Behältervolumenmaßstab für den/die Restmüllbehälter ergebende Gebühr auf die einzelnen Grundstücke verteilt.“

Abs.4
wird gestrichen.

§ 3 wird wie folgt geändert:

In Abs.3 werden die Worte „der neu zu berechnende Behälterraum“ gestrichen und durch die Worte „das neu zu berechnende Behältervolumen“ ersetzt.

§ 4 wird wie folgt geändert:

In Abs.2 wird der Stichtag „01.10.“ durch den Stichtag „01.07.“ ersetzt.

§ 5 wird wie folgt geändert:

In Abs.2 wird das Wort „Gebühr“ durch das Wort „Verwaltungsgebühr“ ersetzt. Es wird folgender zweiter Satz angefügt: „Die Verwaltungsgebühr für die Anforderungskarte für Sperrmüll entfällt, wenn der Abfallerzeuger bzw. –besitzer den Sperrmüll direkt bei dem Wertstoffhof der Stadt anliefert.“

§ 6 wird wie folgt geändert:

In Abs.1 wird nach den Worten „Die Gebührenpflichtigen“ „und die Abfallbesitzer bzw.- erzeuger auf gewerblich, industriell oder sonstigen nicht oder nicht nur zu Wohnzwecken genutzten Grundstücken (vgl. § 7 Abs.2 und Abs.3 Abfallentsorgungssatzung)“ eingefügt. Außerdem wird folgender zweiter Satz angehängt: „Hierzu gehört insbesondere die Mitteilung über die Anzahl der Beschäftigten, ihre Arbeitszeiten, die Anzahl der Betten in Krankenhäusern, Kliniken, Wohn-, Pflege-, Kinderheimen, Beherbergungsbetrieben sowie Jugendherbergen.“

§ 7 wird wie folgt geändert:

In Abs.2 wird im ersten Satz das Wort „Sperrgutmarke“ gestrichen und durch die Worte „Anforderungskarte für die Sperrmüll- oder Grünschnittabfuhr“ ersetzt. Im zweiten Satz werden nach den Worten „Abfallsäcke oder“ das Wort „Sperrgutmarken“ gestrichen und die Worte „Anforderungskarten für die Sperrmüll- oder Grünschnittabfuhr“ eingesetzt.

Diese Satzung tritt am 01.01.2004 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, 24.06.2004

gez. Hörr
Bürgermeister

**Bekanntmachung
des Wahltages für die Wahl des Ausländerbeirates (Integrationsrates)
der Stadt Velbert**

Gemäß § 27 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 8 der Wahlordnung für die Wahl des Ausländerbeirates der Stadt Velbert hat der Rat der Stadt Velbert den Wahltag für die oben genannte Wahl am 27.04.2004 auf den 21. November 2004 festgelegt.

Die Wahlzeit dauert von 8 Uhr bis 18 Uhr.

Velbert, 02.06.2004

Stadt Velbert
Der Bürgermeister

gez. Hanns-Friedrich Hörr

Bekanntmachungen der Sparkasse Hilden-Ratingen-Velbert

Kraftloserklärung

Die Sparkassenbücher

Nr. alt 1035344 - Nr. neu 3031035342 Nr. alt 1060227 - Nr. neu 3031060225
Nr. alt 1132216 - Nr. neu 3031132214 Nr. alt 1929710 - Nr. neu 3031929718

ausgestellt von der Sparkasse Hilden, deren Rechtsnachfolgerin die Sparkasse Hilden-Ratingen-Velbert ist, werden nach Durchführung des Aufgebotsverfahrens für kraftlos erklärt.

Kraftloserklärung

Die Sparkassenbücher

Nr. alt 2768984 - Nr. neu 3042768980 Nr. alt 3512233 - Nr. neu 3043512239
Nr. alt 3909058 - Nr. neu 3043909054 Nr. alt 3545621 - Nr. neu 4043545625
Nr. alt 3545662 - Nr. neu 4043545666 Nr. alt 4246872 - Nr. neu 4044246876

ausgestellt von der Sparkasse Ratingen, deren Rechtsnachfolgerin die Sparkasse Hilden Ratingen Velbert ist, werden nach Durchführung des Aufgebotsverfahrens für kraftlos erklärt.

Kraftloserklärung

Die Sparkassenbücher

Nr. alt 1280965 - Nr. neu 3021280965 Nr. alt 1393453 - Nr. neu 3021393453
Nr. alt 1515139 - Nr. neu 3021515139 Nr. alt 1546001 - Nr. neu 3021546001
Nr. alt 1833292 - Nr. neu 3021833292 Nr. alt 1916931 - Nr. neu 3021916931
Nr. alt 2011260 - Nr. neu 3022011260 Nr. alt 2022358 - Nr. neu 3022022358
Nr. alt 2238715 - Nr. neu 3022238715 Nr. alt 3086055 - Nr. neu 3023086055
Nr. alt 3091121 - Nr. neu 3023091121

ausgestellt von der Sparkasse Velbert, deren Rechtsnachfolgerin die Sparkasse Hilden Ratingen Velbert ist, werden nach Durchführung des Aufgebotsverfahrens für kraftlos erklärt.

Velbert, 03. Juni 2004

SPARKASSE HILDEN-RATINGEN-VELBERT
DER VORSTAND

Bekanntmachungen der Sparkasse Hilden-Ratingen-Velbert

Aufgebot

Die Sparkassenbücher

Nr. 3031058286
Nr. 3031115342

ausgestellt von der Sparkasse Hilden-Ratingen-Velbert, werden gemäß § 16 SpkVO NW vom 15.12.1995 aufgeboden.

Aufgebot

Die Sparkassenbücher

Nr. alt 2413417 - Nr. neu 3042413413 Nr. alt 2568855 - Nr. neu 3042568851
 Nr. alt 3993029 - Nr. neu 4043993023

ausgestellt von der Sparkasse Ratingen, deren Rechtsnachfolgerin die Sparkasse Hilden-Ratingen-Velbert ist, werden gemäß § 16 SpkVO NW vom 15.12.1995 aufgeboden.

Aufgebot

Die Sparkassenbücher

Nr. alt 1659267 - Nr. neu 3021659267 Nr. alt 1720309 - Nr. neu 3021720309
 Nr. alt 1836873 - Nr. neu 3021836873 Nr. alt 3653250 - Nr. neu 3023653250

ausgestellt von der Sparkasse Velbert, deren Rechtsnachfolgerin die Sparkasse Hilden-Ratingen-Velbert ist, werden gemäß § 16 SpkVO NW vom 15.12.1995 aufgeboden.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten ihre Rechte unter Vorlage der Sparkassenbücher anzumelden, andernfalls werden die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt.

Velbert, 18. Juni 2004

SPARKASSE HILDEN-RATINGEN-VELBERT
 DER VORSTAND

**Bekanntmachung
 der Haushaltssatzung der Stadt Velbert
 für das Haushaltsjahr 2004**

1. Haushaltssatzung der Stadt Velbert für das Haushaltsjahr 2004

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur finanziellen Entlastung der Kommunen in NRW vom 29.04.2003 (GV. NRW. S. 254) hat der Rat der Stadt Velbert mit Beschluss vom 30.03.2004 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt	in der Einnahme auf	176.400.840 €
	in der Ausgabe auf	176.400.840 €
im Vermögenshaushalt	in der Einnahme auf	60.545.330 €
	in der Ausgabe auf	60.545.330 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2004 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf 4.000.000 € festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 3.190.600 € festgesetzt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2004 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 35.800.000 € festgesetzt.

§ 5

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2004 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

- | | |
|--|-----------|
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 215 v. H. |
| 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 420 v. H. |

2. Gewerbsteuer

- | | |
|----------------------------|-----------|
| nach dem Gewerbeertrag auf | 440 v. H. |
|----------------------------|-----------|

§ 6

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushalt 2004 strukturell ausgeglichen. Mit dem Auslaufen des Haushaltssicherungskonzeptes im Jahre 2004 wird der Haushaltsausgleich durch eine Zuführung aus dem Vermögenshaushalt hergestellt. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes 2004 umzusetzen.

§ 7

1. Die im Stellenplan mit einem Vermerk "k. w." (künftig wegfallend) oder einem Vermerk "k. u." (künftig umzuwandeln) versehenen Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter kommen beim Freiwerden in Wegfall bzw. werden unter Beachtung der durch Tarifrecht festgelegten Eingruppierungsmerkmale umgewandelt.
2. Stehen Ausgabenansätzen zweckgebundene Einnahmen, insbesondere Zuweisungen des Landes gegenüber, dürfen die Ausgaben erst dann geleistet werden, wenn der Eingang der Einnahmen rechtlich und tatsächlich gesichert ist.
3. Wird einem/einer Beamten/Beamtin ein Amt mit höherem Endgrundgehalt verliehen, so kann er/sie mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in die höhere Planstelle eingewiesen werden, soweit er/sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen hat und die Planstelle, in die er/sie eingewiesen wird, besetzbar war.

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2004 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist gemäß § 79 Abs. 5 GO NW dem Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Mettmann mit Schreiben vom 26.04.2004 angezeigt worden.

Die nach § 75 Abs. 4 GO NW erforderliche Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes ist vom Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Mettmann mit Verfügung vom 24.06.2004 erteilt worden.

Der Haushaltsplan und das Haushaltssicherungskonzept liegen zur Einsichtnahme vom 05.07.2004 bis einschließlich 16.07.2004 in folgenden Dienststellen öffentlich aus:

- Rathaus-Neubau Thomasstraße 1 a, Velbert-Mitte, Abteilung Finanzdienste: Kämmerer/Controlling, Zimmer A 201, A 202, A 213 und A 242
- Bürgeramt Velbert-Neviges, Wilhelmstraße 10 (ServiceBüro)
- Bürgeramt Velbert-Langenberg, Hauptstraße 94 (ServiceBüro)

Für die Auslegung gelten folgende Dienststunden:

vormittags

- montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr
- und
- nachmittags
- montags von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr
- dienstags und mittwochs von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr
- donnerstags von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung oder Anzeige fehlt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet

oder

- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, 29.06.2004

Gez. Hörr
Bürgermeister

Bekanntmachung

Die Gesellschafterversammlung der DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG hat im Umlaufverfahren am 07. Juni 2004 den **Jahresabschluss zum 31.12.2002** festgestellt. Der Jahresfehlbetrag von 269.601,18 € wird gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung im Geschäftsjahr 2002 mit der Rücklage verrechnet.

Jahresabschluss und Lagebericht liegen in der Zeit vom 05.07.2004 bis 16.07.2004 im Gebäude der Stadtwerke Velbert GmbH, Raum 327 zur Einsichtnahme aus.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts beauftragte **BPG Beratungs- und Prüfungsgesellschaft mbH**, Düsseldorf, hat am 15.12.2003 folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

"Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG, Velbert, für das zum 31. Dezember 2002 endende Geschäftsjahr geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen im Gesellschaftsvertrag liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss sowie der Lagebericht frei von wesentlichen Mängeln sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil bildet.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht hin. Dort ist ausgeführt, dass der Fortbestand der Gesellschaft bei Verzicht auf den Ausbau der Deponie Plöger Steinbruch aufgrund dann notwendiger Wertberichtigungen im Anlagevermögen gefährdet ist. Bis zum Zeitpunkt unserer Prüfung konnte aufgrund der Datenlage nicht abschließend geklärt werden, ob die Vorsicht es gebietet, abweichend zu den Vorjahren bereits eine Wertberichtigung im Geschäftsjahr vorzunehmen.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Velbert, 22.06.2004

Die persönlich haftende Gesellschafterin
DGV Deponiegesellschaft
Velbert Verwaltungs mbH
gez. Thissen

Öffentliche Zustellung

Herrn Milutin Mirkovic, geb. 17.06.1971, letzte bekannte Anschrift Papenfeld 17, 42549 Velbert, wird hiermit eine Mitteilung nach § 7 des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) vom 25.05.2004 öffentlich zugestellt. Das Schriftstück kann im Rathausnebengebäude, Rathausplatz 2, Zimmer 159, 42551 Velbert eingesehen werden.

Diese Zustellung erfolgt gemäß § 15 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 03.07.1952 (BGBl. I S. 379) – in Verbindung mit § 1 des Landeszustellungsgesetzes vom 23.07.1957 (GV NW S.213) – in den derzeit geltenden Fassungen.

Velbert, den 22.06.2004
Der Bürgermeister
Im Auftrag
Gez. Siepermann

Öffentliche Zustellung

Gemäß § 1 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG) vom 23.07.1957 (GV NW S. 213) in Verbindung mit § 15 des Verwaltungszustellungsgesetzes (VwZG) vom 03.07.1952 (BGBl. I S. 379) wird der Gewerbesteuerbescheid der Stadt Velbert für die Jahre 2002 und 2003 vom 04.06.2004 für

Fernando Romeo Ptak

durch öffentliche Bekanntmachung zugestellt.

Eine Zustellung auf andere Art kann nicht erfolgen, da die derzeitige Anschrift des Steuerpflichtigen nicht festgestellt werden konnte.

Die Steuerbescheide können bei der Stadtverwaltung Velbert – Fachgebiet Steuerwesen –, Thomasstraße 1 A / Gebäude B, Zimmer B 008 und B 009 von dem Steuerpflichtigen eingesehen werden.

Velbert, 29.06.04

Stadt Velbert
Der Bürgermeister
Im Auftrag

Gez. Sammek
(Sachbearbeiterin)

Hinweis auf öffentliche Ausschreibung

Die Technischen Betriebe Velbert schreiben folgende Arbeit aus:

- Sanierung der Treppenanlage Elberfelder Straße / Zum Hombach 16-22

Der Bekanntmachungstext kann im Internet unter www.velbert.de eingesehen werden.

**Bekanntmachung
über den**

Bebauungsplan Nr. 312 – Unterer Eickeshagen - 6. Änderung als Satzung

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 08.06.2004 den Bebauungsplan Nr. 312 – Unterer Eickeshagen – 6. Änderung als Satzung beschlossen.

Der oben angeführte Bebauungsplan wurde gemäß § 8 Abs. 2, Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und der Bezirksregierung daher nicht angezeigt.

Der Geltungsbereich der 6. Änderung umfasst die Flurstücke 1048 (teilweise), 1020, 991, 993, 996, 1022, 1023, 123, 823, 822, 985, 1052, 1013, 1094, 997, 913, 1012, 914, 91, 909, 1049 (teilweise), 836, 1051 und 1050 der Flur 17, Gemarkung Langenberg.

Die ungefähre Umgrenzung des Geltungsbereiches ist aus der dieser Bekanntmachung angefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Der oben angeführte Bebauungsplan mit Begründung wird vom Zeitpunkt dieser Bekanntmachung ab in der **Fachabteilung Umwelt und Stadtplanung in Velbert Mitte, Am Lindenkamp 31 (1. Obergeschoss)** während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Über den Inhalt des Planes und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Der Bebauungsplan Nr. 312 – Unterer Eickeshagen – 6. Änderung ersetzt mit Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 312 – Unterer Eickeshagen- einschließlich der dazugehörigen 1. und 5. Änderung.

Hinweise:

1. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3, Satz 1 und 2 und Abs. 4 BauGB über die fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diese Teilaufhebung des Bebauungsplanes und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.
2. Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften mit Ausnahme der Vorschriften über die Veröffentlichung ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist.
3. Mängel der Abwägung sind unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Bei Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.
4. Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann gegen diese Teilaufhebung des Bebauungsplanes nach Ablauf eines Jahres seit dieser öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,
 - a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren ist nicht durchgeführt worden,
 - b) die Satzung oder die sonstige ortsrechtliche Bestimmung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
 - c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
 - d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

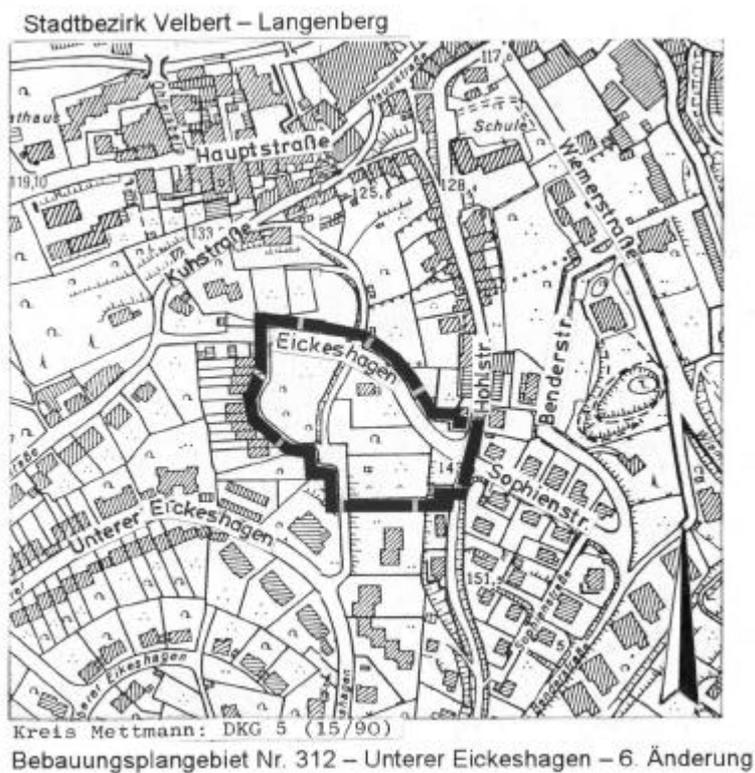
Bekanntmachungsanordnung

Der Beschluss über den Bebauungsplan als Satzung, Ort und Zeit der Bereithaltung sowie die aufgrund des Baugesetzbuches und der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) erforderlichen Hinweise werden hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 7 Abs. 4 GO NW öffentlich bekannt gemacht.

Mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Velbert wird der **Bebauungsplan Nr. 312 – Unterer Eickeshagen- 6. Änderung** rechtsverbindlich. Die Vorschriften des § 215 a BauGB bleiben unberührt.

Velbert, 18.06.2004

gez.Hörr
Bürgermeister



**Bekanntmachung
der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes
Nr. 459.03 – mittlere Siebeneicker Straße -**

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 08.06.2004 dem geänderten Bebauungsplanentwurf Nr. 459.03 – mittlere Siebeneicker Straße – in der Fassung vom 18.03.2004 zugestimmt.

In gleicher Sitzung beschloss der Rat der Stadt Velbert, dass gemäß § 3 Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) Anregungen **nur** zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können und die Auslegung auf **zwei Wochen verkürzt** wird.

Der Geltungsbereich wird begrenzt

- im Norden durch die Siebeneicker Straße;
- im Osten und Süden durch die Straße ‚Am Rosenhügel‘;
- im Westen durch eine Begrenzung von 90 – 110 m parallel zur Straße ‚Am Rosenhügel‘.

Die ungefähre Umgrenzung des Plangebietes ist aus der dieser Bekanntmachung beigefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Der o.a. geänderte Entwurf des Bebauungsplanes liegt mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 und 3 BauGB in der Zeit

vom **13.07.2004** bis einschließlich **27.07.2004**

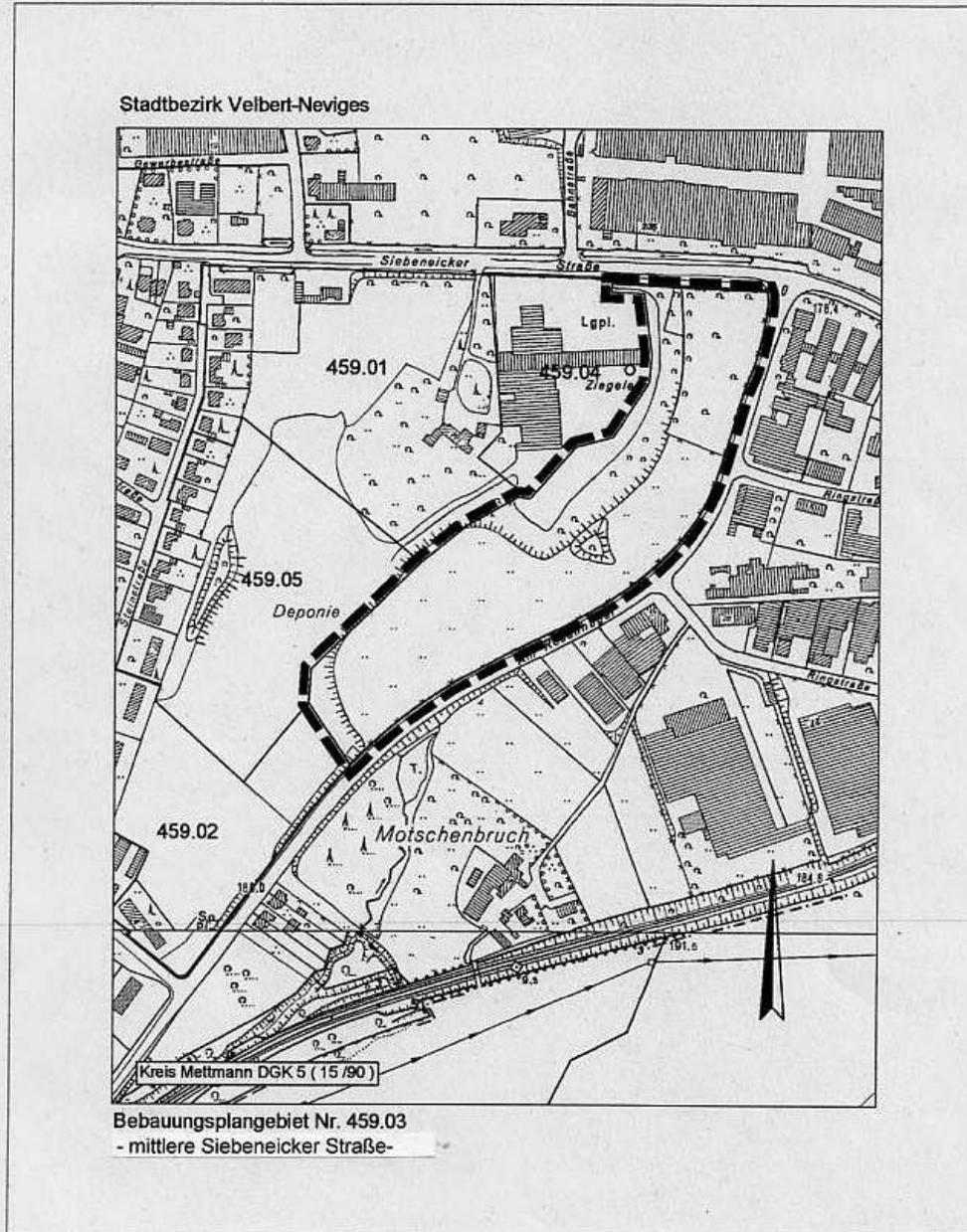
während der Sprechzeiten der Stadtverwaltung Velbert, und zwar

Montag	8.00 bis 12.00 und 13.00 bis 16.00Uhr
Dienstag und Mittwoch	8.00 bis 12.00 und 13.00 bis 15.00Uhr
Donnerstag	8.00 bis 12.00 und 13.00 bis 18.00Uhr
Freitag	8.00 bis 12.00Uhr

im Schaukasten des Baudezernates in Velbert-Mitte, Am Lindenkamp 31, öffentlich aus.

Während der Auslegungsfrist können Anregungen zum Bebauungsplanentwurf schriftlich oder zu Protokoll vorgebracht werden.

Velbert, 21.06.2004
Der Bürgermeister
In Vertretung
gez. Güther
Beigeordneter/Stadtbaurat



**Bekanntmachung
über den
Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden - 2. Änderung
als Satzung**

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 08.06.2004 den Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – 2. Änderung als Satzung beschlossen.

Der oben angeführte Bebauungsplan wurde gemäß § 8 Abs. 2, Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und der Bezirksregierung daher nicht angezeigt.

Der Geltungsbereich der 2. Änderung umfasst die öffentliche Grünfläche (Sportplatz). Er beinhaltet folgende Flurstücke östlich der Nevigeser Straße: 1326, 1329, 1335, 1332, 1035, 634, 1039, 1089, 633 (teilweise), 1088, 1090 (teilweise) und 1091 (teilweise) der Flur 3, Gemarkung Großhöhe.

Die ungefähre Umgrenzung des Geltungsbereiches ist aus der dieser Bekanntmachung angefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Der oben angeführte Bebauungsplan mit Begründung wird vom Zeitpunkt dieser Bekanntmachung ab in der **Fachabteilung Umwelt und Stadtplanung in Velbert Mitte, Am Lindenkaamp 31 (1. Obergeschoss)** während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Über den Inhalt des Planes und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Der Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – 2. Änderung ersetzt mit Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 517 – Danieden – 1. Änderung.

Hinweise:

1. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3, Satz 1 und 2 und Abs. 4 BauGB über die fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diese Teilaufhebung des Bebauungsplanes und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.
2. Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften mit Ausnahme der Vorschriften über die Veröffentlichung ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist.
3. Mängel der Abwägung sind unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Bei Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.
4. Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann gegen diese Teilaufhebung des Bebauungsplanes nach Ablauf eines Jahres seit dieser öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,
 - a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren ist nicht durchgeführt worden,
 - b) die Satzung oder die sonstige ortsrechtliche Bestimmung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
 - c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
 - d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

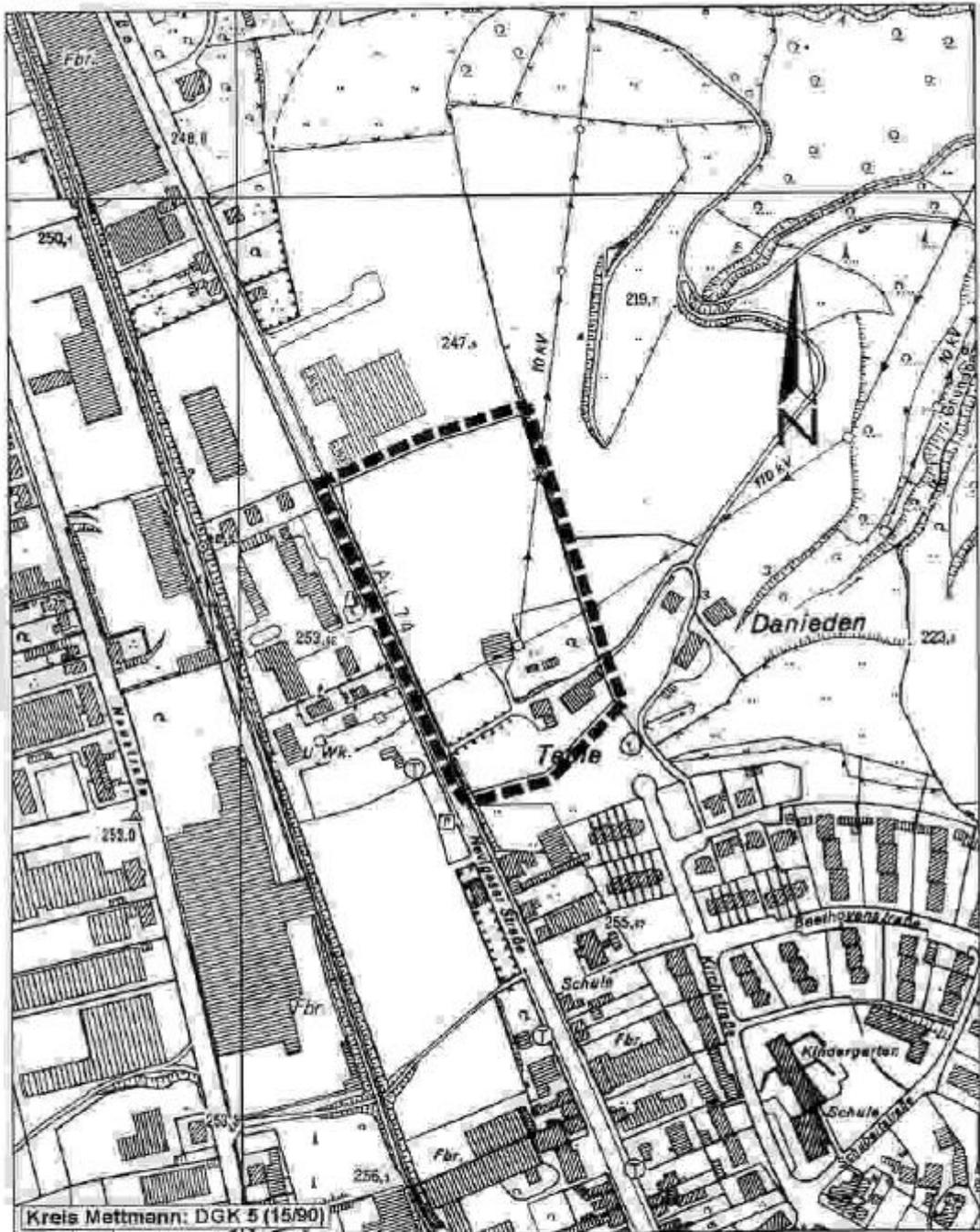
Bekanntmachungsanordnung

Der Beschluss über den Bebauungsplan als Satzung, Ort und Zeit der Bereithaltung sowie die aufgrund des Baugesetzbuches und der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) erforderlichen Hinweise werden hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 7 Abs. 4 GO NW öffentlich bekannt gemacht.

Mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Velbert wird der **Bebauungsplan Nr. 517– Danieden - 2. Änderung** rechtsverbindlich. Die Vorschriften des § 215 a BauGB bleiben unberührt.

Velbert, 18.06.2004
gez. Hörr
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert-Neviges



Bebauungsplangebiet Nr. 517.2. Änderung
- Danieden -

Sitzungsplan der Rats- und Ausschusssitzungen
(Änderungen vorbehalten)

Donnerstag,	01.07., (bish. 24.06.)	Betriebsausschuss (Am Lindenkamp)
Donnerstag,	01.07., (bish. 25.05.) (16.00 Uhr)	Jugendhilfeausschuss (Aula der Schule für Erziehungshilfe, Hans-Böckler-Straße 27)
Dienstag,	06.07., (16.00 Uhr)	Sozialausschuss (Rathaus, Nebengebäude)
Dienstag,	13.07., (bish. 20.07.)	Rat der Stadt (Rathaus, Großer Saal)
Donnerstag,	15.07., (bish. 17.06.,)	Ausländerbeirat (Rathaus, Großer Saal)
Freitag,	16.07., (bish. 06.07.,) (14.00 Uhr)	Schul- und Sportausschuss - Sondersitzung – (Rathaus, Großer Saal)
Dienstag,	20.07.,	Kulturausschuss (Ostflügel, Schloss Hardenberg)
Mittwoch,	18.08., (16.00 Uhr)	Wahlausschuss (Rathaus, Großer Saal)

22.07. – 04.09.2004 – Sitzungspause Sommerferien –

ServiceBüro in Velbert-Mitte am Samstag, 3. Juli geöffnet
Sprechstunde mit Baudezernent Güther

Die Stadtverwaltung Velbert ist seit April noch bürgerfreundlicher geworden. Jeden ersten Samstag im Monat hat das ServiceBüro im Rathaus in Velbert-Mitte von 10 bis 13 Uhr geöffnet und gleichzeitig lädt der Bürgermeister oder ein Dezernent zur Sprechstunde ein. Auch am Samstag, 3. Juli, steht den Bürgerinnen und Bürgern dieser Service zur Verfügung. Und als Dezernent steht an diesem Samstag Baudezernent Ralph Güther in einer Sprechstunde den interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort.

Das ServiceBüro bietet, mit Ausnahme des Fahrkartenverkaufs, auch an diesen Samstag wieder alle Leistungen an. Rollstuhlfahrer und Mütter und Väter mit Kinderwagen können das ServiceBüro wie gewohnt über den Eingang Thomasstraße 1a (Rathausarkaden) erreichen, der neben dem Haupteingang geöffnet ist.